

Bundesgesetzblatt ⁵⁰¹

Teil II

Z 1998 AX

1981

Ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1981

Nr. 22

| Tag | Inhalt | Seite |
|-----------|--|-------|
| 14. 7. 81 | Verordnung zur Durchsetzung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 25. Juni 1981 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen im Stadthafen Bregenz | 502 |
| 10. 6. 81 | Bekanntmachung der Protokolle zur fünften Verlängerung des Weizenhandels- und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971 | 505 |
| 2. 7. 81 | Bekanntmachung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1980 | 516 |
| 7. 7. 81 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens über das Verbot der Nacharbeit der gewerblichen Arbeiterinnen | 524 |
| 7. 7. 81 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) | 524 |
| 7. 7. 81 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens | 525 |
| 7. 7. 81 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife | 525 |
| 8. 7. 81 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See | 526 |
| 8. 7. 81 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Straßenverkehr | 526 |
| 9. 7. 81 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) | 527 |
| 13. 7. 81 | Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Lesotho über Finanzielle Zusammenarbeit | 527 |
| 13. 7. 81 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See | 529 |
| 15. 7. 81 | Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Bundesrepublik Nigeria über Finanzielle Zusammenarbeit | 529 |

Verordnung
zur Durchsetzung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 25. Juni 1981
über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen
im Stadthafen Bregenz

Vom 14. Juli 1981

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 25. August 1960 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 2181) wird verordnet:

§ 1

An der deutsch-österreichischen Grenze werden im Stadthafen Bregenz auf österreichischem Gebiet vorgeschobene deutsche Grenzdienststellen nach Maßgabe der Vereinbarung vom 25. Juni 1981 errichtet. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Juli 1957 über das Abkommen vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr (BGBl. 1957 II S. 581) auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 1981 in Kraft. Am selben Tage treten die deutsch-österreichische Vereinbarung vom 25. Januar 1971 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen im Stadthafen Bregenz auf österreichischem Gebiet sowie die Verordnung vom 19. Februar 1971 zur Durchsetzung dieser Vereinbarung (BGBl. II S. 65) nach ihrem § 3 Abs. 2 außer Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die in § 1 bezeichnete Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 14. Juli 1981

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

Vereinbarung

Auswärtiges Amt
510-511.13/3 OST

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Österreichischen Botschaft mitzuteilen, daß die für die Grenzabfertigung zuständigen obersten Bundesbehörden der Bundesrepublik Deutschland in Ausführung von Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr in der Fassung der Änderungsabkommen vom 21. Januar 1975 und 16. September 1977 für die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen im Stadthafen Bregenz folgende Vereinbarung vorschlagen:

Artikel 1

Im Stadthafen Bregenz werden auf österreichischem Gebiet vorgeschobene deutsche Grenzdienststellen errichtet.

Artikel 2

Der örtliche Bereich im Sinne des Artikels 4 Absatz 6 des Abkommens vom 14. September 1955 in der Fassung der Änderungsabkommen von 1975 und 1977 umfaßt

- a) die von den Bediensteten beider Staaten gemeinsam benutzten Flächen, Anlagen und Räume, und zwar
die Abfertigungshalle in der Schiffahrtsstelle der Österreichischen Bundesbahnen, die sanitären Anlagen und alle Verbindungswege; die Personenmole, die neue Mole und die nordöstlich anschließende, von der Bahnlinie begrenzte Hafenmole bis zum Ende des Werkstättengebäudes, jedoch nicht das Werkstättengebäude selbst;
- b) die den deutschen Bediensteten zur alleinigen Benutzung überlassenen Räume in der Schiffahrtsstelle, und zwar den in der Nordostecke und den in der Südostecke des Gebäudes gelegenen Raum.

Artikel 3

(1) Festgenommene oder zurückgewiesene Personen und sichergestellte Waren, Werte oder Beweismittel dürfen von den deutschen Bediensteten auf dem Wasserweg unmittelbar vom Stadthafen Bregenz aus dem österreichischen Bundesgebiet verbracht werden.

(2) Ist eine Beförderung mit dem Schiff nicht tunlich, dürfen festgenommene oder zurückgewiesene Personen und sichergestellte Waren, Werte oder Beweismittel von den deutschen Bediensteten vom Stadthafen Bregenz

- a) auf der kürzesten Straßenverbindung zum Bahnhof Bregenz und von dort auf dem Eisenbahnweg zur gemeinsamen Grenze bei Lochau/Lindau oder
- b) auf der kürzesten Straßenverbindung von Bregenz zur gemeinsamen Grenze bei Unterhochsteg/Lindau-Ziegelhaus verbracht werden.

(3) Für die erforderlichen Amtshandlungen im Rahmen der Absätze 1 und 2 gehören die dort bezeichneten Verkehrswege zum örtlichen Bereich.

Artikel 4

Mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 25. Januar 1971 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen im Stadthafen Bregenz außer Kraft.

Das Auswärtige Amt beehrt sich, vorzuschlagen, daß durch den Austausch dieser Verbalnote und der Antwortnote der Österreichischen Botschaft die vorstehende Regelung eine Vereinbarung im Sinne des Artikels 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. September 1955 in der Fassung der Änderungsabkommen von 1975 und 1977 bil-

det, die am 1. August 1981 in Kraft tritt und die schriftlich auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten je auf den ersten Tag eines Monats gekündigt werden kann.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Österreichische Botschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 25. Juni 1981

L. S.

An die
Österreichische Botschaft

Österreichische Botschaft
Zl. 112.05/110-A/81

Verbalnote

Die Österreichische Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt den Empfang seiner Verbalnote vom 25. Juni 1981, 510-511.13/3 OST, zu bestätigen, deren Text wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Die Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, daß die österreichische Bundesregierung damit einverstanden ist, daß die vorgeschlagene Regelung durch den Austausch der Verbalnote des Auswärtigen Amtes und dieser Antwortnote eine Vereinbarung im Sinne des Artikels 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. September 1955 in der Fassung der Änderungsabkommen von 1975 und 1977 bildet, die am 1. August 1981 in Kraft tritt und die schriftlich auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten je auf den ersten Tag eines Monats gekündigt werden kann.

Die Österreichische Botschaft benützt gerne auch diesen Anlaß, dem Auswärtigen Amt den Ausdruck ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Bonn, den 25. Juni 1981

L. S.

An das
Auswärtige Amt

**Bekanntmachung
der Protokolle zur fünften Verlängerung
des Weizenhandels- und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971
Vom 10. Juni 1981**

I.

Die Protokolle zur fünften Verlängerung der Internationalen Weizen-Übereinkunft vom 29. März 1971 (BGBl. 1973 II S. 177), bestehend aus

- A. Weizenhandels-Übereinkommen von 1971
- B. Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1971,

sind für die

Bundesrepublik Deutschland am 7. November 1979

in Kraft getreten. Die Erklärungen über die vorläufige Anwendung wurden am 21. Juni 1979, die Beitrittsurkunden am 7. November 1979 bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt.

Das Protokoll zu A ist am 23. Juni 1979 nach seinem Artikel 9 Abs. 1 hinsichtlich aller Bestimmungen des Weizenhandels-Übereinkommens mit Ausnahme der Artikel 3 bis 9 und 21 in Kraft getreten, hinsichtlich derer das Protokoll am 1. Juli 1979 in Kraft getreten ist.

Das Protokoll zu B ist am 23. Juni 1979 nach seinem Artikel IX Abs. 1 hinsichtlich aller Bestimmungen des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens mit Ausnahme des Artikels II des Übereinkommens und des Artikels III des Protokolls in Kraft getreten, hinsichtlich derer das Protokoll am 1. Juli 1979 in Kraft getreten ist.

II.

Die Protokolle sind ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

- A. Das Protokoll zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971

| | | |
|-------------|----|-------------------|
| Ägypten | am | 22. April 1980 |
| Algerien | am | 6. Juni 1980 |
| Argentinien | am | 11. Dezember 1980 |
| Australien | am | 23. Juni 1979 |
| Barbados | am | 24. Juli 1979 |
| Belgien | am | 29. November 1979 |
| Bolivien | am | 18. Juli 1979 |
| Brasilien | am | 15. Januar 1981 |

| | | |
|---|----|--------------------|
| Dänemark | am | 23. Juni 1979 |
| El Salvador | am | 13. Juli 1979 |
| Finnland | am | 23. Juni 1979 |
| Guatemala | am | 28. April 1980 |
| Indien | am | 23. Juni 1979 |
| Irak | am | 15. August 1979 |
| Iran | am | 14. August 1980 |
| Irland | am | 3. Dezember 1979 |
| Japan | am | 7. Januar 1980 |
| Kanada | am | 23. Juni 1979 |
| Kenia | am | 2. Juli 1979 |
| Korea (Republik) | am | 23. Juni 1979 |
| Kuba | am | 3. Dezember 1979 |
| Luxemburg | am | 30. Juni 1980 |
| Malta | am | 6. Juli 1979 |
| Mauritius | am | 23. Juni 1979 |
| Marokko | am | 5. Februar 1981 |
| Niederlande | am | 9. Dezember 1980 |
| Norwegen | am | 23. Juni 1979 |
| Österreich | am | 27. Februar 1980 |
| Pakistan | am | 23. Juni 1979 |
| Panama | am | 23. Juni 1979 |
| Peru | am | 26. September 1979 |
| Portugal | am | 23. Juli 1980 |
| Saudi-Arabien | am | 3. August 1979 |
| Schweden | am | 23. Juni 1979 |
| Schweiz | am | 12. März 1980 |
| Sowjetunion | am | 23. Juni 1979 |
| Spanien | am | 9. Januar 1980 |
| Südafrika | am | 23. Juni 1979 |
| Syrien | am | 23. Juni 1979 |
| Trinidad und Tobago | am | 7. September 1979 |
| Tunesien | am | 8. Juli 1980 |
| Vatikanstadt | am | 23. Juni 1979 |
| Vereinigtes Königreich | am | 14. Dezember 1979 |
| Vogtei Guernsey, Insel Man, Belize, Bermuda, Britische Jungferninseln, Gibraltar, Hongkong, Montserrat, St. Helena und Nebengebiete | | |
| Vereinigte Staaten | am | 11. November 1980 |

Das Protokoll ist nach seinem Artikel 8 vorläufig in Kraft getreten für:

| | | |
|-------------------------------------|----|---------------|
| Costa Rica | am | 23. Juni 1979 |
| Europäische Wirtschaftsgemeinschaft | am | 23. Juni 1979 |
| Frankreich | am | 23. Juni 1979 |
| Griechenland | am | 31. Juli 1979 |
| Italien | am | 23. Juni 1979 |
| Venezuela | am | 28. Juni 1979 |

B Das Protokoll zur fünften Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971

| | | |
|-------------|----|-------------------|
| Argentinien | am | 11. Dezember 1980 |
| Australien | am | 23. Juni 1979 |
| Belgien | am | 29. November 1979 |
| Dänemark | am | 23. Juni 1979 |
| Finnland | am | 23. Juni 1979 |
| Irland | am | 3. Dezember 1979 |

Japan am 7. Januar 1980

Japan hat anlässlich der Unterzeichnung am 25. April 1979 folgenden Vorbehalt notifiziert:

(Übersetzung)

„The Government of Japan reserves the right to discharge its obligations under Article III of this Protocol by providing assistance in the form of rice, not excluding rice produced in non-member developing countries, or, if requested by recipient countries, in the form of agricultural materials.“

„Die japanische Regierung behält sich das Recht vor, ihren Verpflichtungen nach Artikel III dieses Protokolls dadurch nachzukommen, daß sie Hilfe durch Lieferung von Reis leistet – wobei Reis aus Entwicklungsländern, die nicht Vertragspartner sind, nicht ausgeschlossen sein soll – oder durch Lieferung von landwirtschaftlichen Materialien, sofern die Empfangsstaaten hierum ersuchen.“

| | | |
|------------------------|----|-------------------|
| Kanada | am | 23. Juni 1979 |
| Luxemburg | am | 30. Juni 1980 |
| Niederlande | am | 9. Dezember 1980 |
| Norwegen | am | 28. Januar 1980 |
| Österreich | am | 26. Juni 1980 |
| Schweden | am | 23. Juni 1979 |
| Schweiz | am | 12. März 1980 |
| Vereinigtes Königreich | am | 14. Dezember 1979 |
| Vereinigte Staaten | am | 11. November 1980 |

Das Protokoll ist nach seinem Artikel VIII am 23. Juni 1979 vorläufig in Kraft getreten für:

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Frankreich
Italien

Die Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. Juni 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Protokolle von 1979
zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens
und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens,
welche die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1971 bilden**

**1979 Protocols
for the Fifth Extension of the Wheat Trade Convention
and Food Aid Convention
Constituting the International Wheat Agreement, 1971**

(Übersetzung)

Preamble

The Conference to establish the texts of the 1979 Protocols for the fifth extension of the Conventions constituting the International Wheat Agreement, 1971

Considering that the International Wheat Agreement of 1949 was revised, renewed or extended in 1953, 1956, 1959, 1962, 1965, 1966, 1967, 1968, 1971, 1974, 1975, 1976, and 1978,

Considering that the International Wheat Agreement, 1971, consisting of two separate legal instruments, the Wheat Trade Convention, 1971 and the Food Aid Convention, 1971, both of which were further extended by Protocol in 1978, will expire on 30 June 1979,

Has established the texts of the 1979 Protocols for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971 and for the fifth extension of the Food Aid Convention, 1971.

Präambel

Die Konferenz zur Herstellung der Wortlaute der Protokolle von 1979 zur fünften Verlängerung der die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1971 bildenden Übereinkommen –

in der Erwägung, daß das Internationale Weizen-Übereinkommen von 1949 in den Jahren 1953, 1956, 1959, 1962, 1965, 1966, 1967, 1968, 1971, 1974, 1975, 1976 und 1978 revidiert, erneuert oder verlängert wurde,

in der Erwägung, daß die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1971, bestehend aus zwei getrennten rechtsförmlichen Urkunden, nämlich dem Weizenhandels-Übereinkommen von 1971 und dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1971, die beide 1978 durch Protokoll weiter verlängert wurden, am 30. Juni 1979 außer Kraft treten wird –

hat die Wortlaute der Protokolle von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 und zur fünften Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971 festgelegt.

**Protokoll von 1979
zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971**

**1979 Protocol
for the Fifth Extension of the Wheat Trade Convention, 1971**

(Übersetzung)

The Governments party to this Protocol:

Considering that the Wheat Trade Convention, 1971 (hereinafter referred to as "the Convention") of the International Wheat Agreement, 1971, which was further extended by Protocol in 1978, expires on 30 June 1979,

Have agreed as follows:

Article 1**Extension, expiry and termination
of the Convention**

Subject to the provisions of Article 2 of this Protocol, the Convention shall continue in force between the parties to this Protocol until 30 June 1981 provided that, if a new interna-

Die Vertragsregierungen dieses Protokolls –

in der Erwägung, daß das Weizenhandels-Übereinkommen von 1971 (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971, das 1978 durch Protokoll weiter verlängert wurde, am 30. Juni 1979 außer Kraft tritt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1**Verlängerung, Außerkrafttreten und Beendigung
des Übereinkommens**

Vorbehaltlich des Artikels 2 dieses Protokolls bleibt das Übereinkommen zwischen den Vertragsparteien des Protokolls bis zum 30. Juni 1981 in Kraft; tritt jedoch vor dem 30. Juni

tional agreement covering wheat enters into force before 30 June 1981, this Protocol shall remain in force only until the date of entry into force of the new agreement.

Article 2
Inoperative provisions
of the Convention

The following provisions of the Convention shall be deemed to be inoperative with effect from 1 July 1979:

- (a) paragraph (4) of Article 19;
- (b) Articles 22 to 26 inclusive;
- (c) paragraph (1) of Article 27;
- (d) Articles 29 to 31 inclusive.

Article 3
Definition

Any reference in this Protocol to a "Government" or "Governments" shall be construed as including a reference to the European Economic Community (hereinafter referred to as "the Community"). Accordingly, any reference in this Protocol to "signature" or to the "deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or conclusion" or "an instrument of accession" or "a declaration of provisional application" by a Government shall, in the case of the Community, be construed as including signature or declaration of provisional application on behalf of the Community by its competent authority and the deposit of the instrument required by the institutional procedures of the Community to be deposited for the conclusion of an international agreement.

Article 4
Finance

The initial contribution of any exporting or importing member acceding to this Protocol under paragraph (1) (b) of Article 7 thereof, shall be assessed by the Council on the basis of the votes to be distributed to it and the period remaining in the current crop year, but the assessments made upon other exporting and importing members for the current crop year shall not be altered.

Article 5
Signature

This Protocol shall be open for signature in Washington from 25 April 1979 until and including 16 May 1979 by Governments of countries party to the Convention as further extended by the 1978 Protocol, or which are provisionally regarded as party to the Convention as further extended by the 1978 Protocol, on 21 March 1979, or which are members of the United Nations, of its specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency, and are listed in Annex A or Annex B to the Convention.

Article 6
Ratification, acceptance, approval or conclusion

This Protocol shall be subject to ratification, acceptance, approval or conclusion by each signatory Government in accordance with its respective constitutional or institutional procedures. Instruments of ratification, acceptance, approval or conclusion shall be deposited with the Government of the United States of America not later than 22 June 1979, except that the Council may grant one or more extensions of time to any signatory Government that has not deposited its instrument of ratification, acceptance, approval or conclusion by that date.

1981 ein neues internationales Übereinkommen über den Weizen in Kraft, so bleibt dieses Protokoll nur bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Übereinkommens in Kraft.

Artikel 2
Außer Kraft tretende Bestimmungen
des Übereinkommens

Folgende Bestimmungen des Übereinkommens gelten mit Wirkung vom 1. Juli 1979 als außer Kraft getreten:

- a) Artikel 19 Absatz 4;
- b) Artikel 22 bis 26;
- c) Artikel 27 Absatz 1;
- d) Artikel 29 bis 31.

Artikel 3
Begriffsbestimmung

Jede Bezugnahme in diesem Protokoll auf eine „Regierung“ oder „Regierungen“ gilt auch als Bezugnahme auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (im folgenden als „Gemeinschaft“ bezeichnet). Entsprechend gilt jede Bezugnahme in diesem Protokoll auf die „Unterzeichnung“, die „Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunden“, eine „Beitrittsurkunde“ oder eine „Erklärung über die vorläufige Anwendung“ durch eine Regierung im Fall der Gemeinschaft auch als Bezugnahme auf die Unterzeichnung oder die Erklärung über die vorläufige Anwendung im Namen der Gemeinschaft durch deren zuständige Behörde sowie die Hinterlegung der nach den institutionellen Verfahren der Gemeinschaft zum Abschluß einer internationalen Übereinkunft zu hinterlegenden Urkunde.

Artikel 4
Finanzfragen

Den ersten Beitrag eines Ausfuhr- oder eines Einfuhrmitglieds, das diesem Protokoll nach seinem Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe b beiträgt, setzt der Rat auf der Grundlage der diesem Mitglied zuzuteilenden Stimmenzahl und des für das laufende Erntejahr verbleibenden Zeitabschnitts fest, ohne jedoch die für das laufende Erntejahr für die anderen Ausfuhr- und Einfuhrmitglieder festgesetzten Beiträge zu ändern.

Artikel 5
Unterzeichnung

Dieses Protokoll liegt für die Regierungen der Staaten, die am 21. März 1979 Vertragsparteien des Übereinkommens in der durch das Protokoll von 1978 weiter verlängerten Fassung sind oder als vorläufige Vertragsparteien des Übereinkommens in der so verlängerten Fassung gelten oder die Mitglieder der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation sind und die in Anlage A oder Anlage B des Übereinkommens aufgeführt sind, vom 25. April 1979 bis zum 16. Mai 1979 in Washington zur Unterzeichnung auf.

Artikel 6
Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Abschluß

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder des Abschlusses durch jede Unterzeichnerregierung nach Maßgabe ihrer verfassungsmäßigen oder institutionellen Verfahren. Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunden sind bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bis zum 22. Juni 1979 zu hinterlegen; jedoch kann der Rat einer Unterzeichnerregierung, die ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

Article 7**Accession**

- (1) This Protocol shall be open for accession
- (a) until 22 June 1979 by the Government of any member listed in Annex A or B to the Convention as of that date, except that the Council may grant one or more extensions of time to any Government that has not deposited its instrument by that date, and
- (b) after 22 June 1979 by the Government of any member of the United Nations, of its specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency, upon such conditions as the Council considers appropriate by not less than two thirds of the votes cast by exporting members and two thirds of the votes cast by importing members.

(2) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the United States of America.

(3) Where, for the purposes of the operation of the Convention and this Protocol, reference is made to members listed in Annex A or B to the Convention, any member the Government of which has acceded to the Convention on conditions prescribed by the Council, or to this Protocol in accordance with paragraph (1) (b) of this Article, shall be deemed to be listed in the appropriate Annex.

Article 8**Provisional application**

Any signatory Government may deposit with the Government of the United States of America a declaration of provisional application of this Protocol. Any other Government eligible to sign this Protocol or whose application for accession is approved by the Council may also deposit with the Government of the United States of America a declaration of provisional application. Any Government depositing such a declaration shall provisionally apply this Protocol and be provisionally regarded as a party thereto.

Article 9**Entry into force**

- (1) This Protocol shall enter into force among those Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application, in accordance with Articles 6, 7 and 8 of this Protocol by 22 June 1979 as follows:
- (a) on 23 June 1979 with respect to all provisions of the Convention other than Articles 3 to 9 inclusive and Article 21, and
- (b) on 1 July 1979 with respect to Articles 3 to 9 inclusive, and Article 21 to the Convention,

if such instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application have been deposited not later than 22 June 1979 on behalf of Governments representing exporting members which held at least 60 per cent of the votes set out in Annex A and representing importing members which held at least 50 per cent of the votes set out in Annex B, or would have held such votes respectively if they had been parties to the Convention on that date.

Artikel 7**Beitritt**

- (1) Dieses Protokoll liegt wie folgt zum Beitritt auf:
- a) bis zum 22. Juni 1979 für die Regierung jedes Mitglieds, das zu diesem Zeitpunkt in Anlage A oder B des Übereinkommens aufgeführt ist; jedoch kann der Rat einer Regierung, die ihre Urkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren; sowie
- b) nach dem 22. Juni 1979 für die Regierung jedes Mitglieds der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation zu Bedingungen, die der Rat mit mindestens zwei Dritteln der von den Ausfuhrmitgliedern abgegebenen Stimmen und zwei Dritteln der von den Einfuhrmitgliedern abgegebenen Stimmen für angemessen erklärt.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

(3) Wird zwecks Durchführung des Übereinkommens und dieses Protokolls auf Mitglieder Bezug genommen, die in Anlage A oder B des Übereinkommens aufgeführt sind, so gilt jedes Mitglied, dessen Regierung dem Übereinkommen unter den vom Rat vorgeschriebenen Bedingungen oder diesem Protokoll nach Absatz 1 Buchstabe b beigetreten ist, als in der entsprechenden Anlage aufgeführt.

Artikel 8**Vorläufige Anwendung**

Jede Unterzeichnerregierung kann bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erklärung über die vorläufige Anwendung dieses Protokolls hinterlegen. Jede andere Regierung, welche die Voraussetzungen für die Unterzeichnung dieses Protokolls erfüllt oder deren Beitrittsersuchen vom Rat genehmigt ist, kann ebenfalls bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erklärung über die vorläufige Anwendung hinterlegen. Jede Regierung, die eine solche Erklärung hinterlegt, wendet dieses Protokoll vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel 9**Inkrafttreten**

- (1) Dieses Protokoll tritt zwischen den Regierungen, die bis zum 22. Juni 1979 Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung nach den Artikeln 6, 7 und 8 hinterlegt haben, wie folgt in Kraft:
- a) am 23. Juni 1979 hinsichtlich aller Bestimmungen des Übereinkommens mit Ausnahme der Artikel 3 bis 9 und des Artikels 21 und
- b) am 1. Juli 1979 hinsichtlich der Artikel 3 bis 9 und des Artikels 21 des Übereinkommens,

sofern diese Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder die Erklärungen über die vorläufige Anwendung bis zum 22. Juni 1979 für Regierungen hinterlegt worden sind, die Ausfuhrmitglieder vertreten, denen mindestens 60 v. H. der in Anlage A angegebenen Stimmen zustanden, und die Einfuhrmitglieder vertreten, denen mindestens 50 v. H. der in Anlage B angegebenen Stimmen zustanden oder denen diese Stimmen jeweils zugestanden hätten, wenn sie zu jenem Zeitpunkt Vertragsparteien des Übereinkommens gewesen wären.

(2) This Protocol shall enter into force for any Government that deposits an instrument of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession after 22 June 1979 in accordance with the relevant provisions of this Protocol, on the date of such deposit except that no part of it shall enter into force for such a Government until that part enters into force for other Governments under paragraph (1) or (3) of this Article.

(3) If this Protocol does not enter into force in accordance with paragraph (1) of this Article, the Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application, may decide by mutual consent that it shall enter into force among those Governments that have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application.

Article 10

Notification by depositary Government

The Government of the United States of America as the depositary Government shall notify all signatory and acceding Governments of each signature, ratification, acceptance, approval, conclusion, provisional application of, and accession to, this Protocol as well as of each notification and notice received under Article 27 of the Convention and each declaration and notification received under Article 28 of the Convention.

Article 11

Certified copy of the Protocol

As soon as possible after the definitive entry into force of this Protocol, the depositary Government shall send a certified copy of this Protocol in the English, French, Russian and Spanish languages to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations. Any amendments to this Protocol shall likewise be communicated.

Article 12

Relationship of Preamble to Protocol

This Protocol includes the Preamble to the 1979 Protocols for the fifth extension of the International Wheat Agreement, 1971.

In witness whereof the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments or authorities, have signed this Protocol on the dates appearing opposite their signatures.

The texts of this Protocol in the English, French, Russian and Spanish languages shall be equally authentic. The originals shall be deposited with the Government of the United States of America, which shall transmit certified copies thereof to each signatory and acceding party and to the Executive Secretary of the Council.

(2) Dieses Protokoll tritt für eine Regierung, die nach dem 22. Juni 1979 gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Protokolls eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, am Tag dieser Hinterlegung in Kraft; jedoch tritt für diese Regierung kein Teil des Protokolls in Kraft, ehe er nach Absatz 1 oder 3 auch für andere Regierungen in Kraft tritt.

(3) Tritt dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 in Kraft, so können die Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, in gegenseitigem Einvernehmen beschließen, daß es zwischen den Regierungen in Kraft treten soll, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben.

Artikel 10

Notifikation durch die Verwahrregierung

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika als Verwahrregierung notifiziert allen Unterzeichnerregierungen und beitretenden Regierungen jede Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung, jeden Abschluß und jede vorläufige Anwendung dieses Protokolls und jeden Beitritt zu demselben sowie alle nach Artikel 27 des Übereinkommens eingegangenen Notifikationen und Anzeigen und alle nach Artikel 28 des Übereinkommens eingegangenen Erklärungen und Notifikationen.

Artikel 11

Beglaubigte Abschrift des Protokolls

Nach dem endgültigen Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt die Verwahrregierung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen so bald wie möglich eine beglaubigte Abschrift des Protokolls in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache zur Registrierung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen. Änderungen dieses Protokolls werden ebenfalls übermittelt.

Artikel 12

Verhältnis der Präambel zum Protokoll

Die Präambel der Protokolle von 1979 zur fünften Verlängerung der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971 ist Bestandteil dieses Protokolls.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen oder Behörden hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll an dem jeweils neben ihrer Unterschrift vermerkten Tag unterschrieben.

Der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Protokolls ist gleichermaßen verbindlich. Die Urschriften werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei, die dieses Protokoll unterzeichnet oder ihm beitrifft, sowie dem Exekutivsekretär des Rates beglaubigte Abschriften.

**Protokoll von 1979
zur fünften Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971**

**1979 Protocol
for the Fifth Extension of the Food Aid Convention, 1971**

(Übersetzung)

The parties to this Protocol,

Die Vertragsparteien dieses Protokolls –

Considering that the Food Aid Convention, 1971 (hereinafter referred to as "the Convention") of the International Wheat Agreement, 1971, which was further extended by Protocol in 1978, expires on 30 June 1979,

in der Erwägung, daß das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1971 (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971, das 1978 durch Protokoll weiter verlängert wurde, am 30. Juni 1979 außer Kraft tritt –

Have agreed as follows:

sind wie folgt übereingekommen:

Article I

**Extension, expiry and termination
of the Convention**

Subject to the provisions of Article II of this Protocol, the Convention shall continue in force between the parties to this Protocol until 30 June 1981 provided that, if a new agreement covering food aid enters into force before 30 June 1981, this Protocol shall remain in force only until the date of entry into force of the new agreement.

Artikel I

**Verlängerung, Außerkrafttreten und Beendigung
des Übereinkommens**

Vorbehaltlich des Artikels II dieses Protokolls bleibt das Übereinkommen zwischen den Vertragsparteien des Protokolls bis zum 30. Juni 1981 in Kraft; tritt jedoch vor dem 30. Juni 1981 ein neues Übereinkommen über die Nahrungsmittelhilfe in Kraft, so bleibt dieses Protokoll nur bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Übereinkommens in Kraft.

Article II

**Inoperative provisions
of the Convention**

The provisions of paragraphs (1), (2) and (3) of Article II, of paragraph (1) of Article III, and of Articles VI to XIV inclusive, of the Convention shall be deemed to be inoperative with effect from 1 July 1979.

Artikel II

**Außer Kraft tretende Bestimmungen
des Übereinkommens**

Artikel II Absätze 1, 2 und 3, Artikel III Absatz 1 und die Artikel VI bis XIV des Übereinkommens gelten mit Wirkung vom 1. Juli 1979 als außer Kraft getreten.

Article III

International food aid

(1) The parties to this Protocol agree to contribute as food aid to the developing countries, wheat, coarse grains or products derived therefrom, suitable for human consumption and of an acceptable type and quality, or the cash equivalent thereof, in the minimum annual amounts specified in paragraph (2) below.

(2) The minimum annual contribution of each party to this Protocol is fixed as follows:

| | Metric tons |
|-----------------------------|-------------|
| Argentina | 23,000 |
| Australia | 225,000 |
| Canada | 495,000 |
| European Economic Community | 1,287,000 |
| Finland | 14,000 |
| Japan | 225,000 |
| Sweden | 35,000 |
| Switzerland | 32,000 |
| United States of America | 1,890,000 |

Artikel III

Internationale Nahrungsmittelhilfe

(1) Die Vertragsparteien dieses Protokolls erklären sich bereit, als Nahrungsmittelhilfe für Entwicklungsländer Weizen, anderes Getreide oder daraus gewonnene Erzeugnisse, die für den menschlichen Verzehr geeignet und von annehmbarer Type und Qualität sind, oder deren Gegenwert in Geld in den in Absatz 2 bezeichneten jährlichen Mindestmengen zur Verfügung zu stellen.

(2) Der jährliche Mindestbeitrag jeder Vertragspartei dieses Protokolls wird wie folgt festgesetzt:

| | Metrische Tonnen |
|-------------------------------------|------------------|
| Argentinien | 23 000 |
| Australien | 225 000 |
| Europäische Wirtschaftsgemeinschaft | 1 287 000 |
| Finnland | 14 000 |
| Japan | 225 000 |
| Kanada | 495 000 |
| Schweden | 35 000 |
| Schweiz | 32 000 |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 1 890 000 |

(3) For the purpose of the operation of this Protocol, any party which has signed this Protocol pursuant to paragraph (2) of Article V thereof, or which has acceded to this Protocol pursuant to paragraph (2) or (3) of Article VII thereof, shall be deemed to be listed in paragraph (2) of Article III of this Protocol together with the minimum contribution of such party as determined in accordance with the relevant provisions of Article V or Article VII of this Protocol.

Article IV
Food Aid Committee

There shall be established a Food Aid Committee whose membership shall consist of the parties listed in paragraph (2) of Article III of this Protocol and of those others that become parties to this Protocol. The Committee shall appoint a Chairman and a Vice-Chairman.

Article V
Signature

(1) This Protocol shall be open for signature in Washington from 25 April 1979 until and including 16 May 1979 by the Governments of Argentina, Australia, Canada, Finland, Japan, Sweden, Switzerland and the United States of America, and by the European Economic Community and its member States, provided that they sign both this Protocol and the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971.

(2) This Protocol shall also be open for signature, on the same conditions, to any party to the Food Aid Convention, 1967 which is not enumerated in paragraph (1) of this Article, provided that its contribution is at least equal to that which it agreed to make in the Food Aid Convention, 1967.

Article VI
Ratification, acceptance, approval or conclusion

This Protocol shall be subject to ratification, acceptance, approval or conclusion by each signatory in accordance with its constitutional or institutional procedures, provided that it also ratifies, accepts, approves or concludes the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971. Instruments of ratification, acceptance, approval or conclusion shall be deposited with the Government of the United States of America not later than 22 June 1979, except that the Food Aid Committee may grant one or more extensions of time to any signatory that has not deposited its instrument of ratification, acceptance, approval or conclusion by that date.

Article VII
Accession

(1) This Protocol shall be open for accession by any party referred to in Article V of this Protocol, provided it also accedes to the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971 and provided further that in the case of any party referred to in paragraph (2) of Article V its contribution is at least equal to that which it agreed to make in the Food Aid Convention, 1967. Instruments of accession under this paragraph shall be deposited not later than 22 June 1979, except that the Food Aid Committee may grant one or more extensions of time to any party that has not deposited its instrument of accession by that date.

(3) Für die Anwendung dieses Protokolls gilt jede Vertragspartei, die das Protokoll nach seinem Artikel V Absatz 2 unterzeichnet hat oder ihm nach seinem Artikel VII Absatz 2 oder 3 beigetreten ist, zusammen mit ihrem nach den einschlägigen Bestimmungen des Artikels V oder VII festgesetzten Mindestbeitrag als in Artikel III Absatz 2 aufgeführt.

Artikel IV
Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß

Es wird ein Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß eingesetzt, dem die in Artikel III Absatz 2 aufgeführten Vertragsparteien und diejenigen anderen Parteien angehören, die Vertragsparteien dieses Protokolls werden. Der Ausschuß bestimmt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel V
Unterzeichnung

(1) Dieses Protokoll liegt vom 25. April 1979 bis zum 16. Mai 1979 in Washington für die Regierungen Argentiniens, Australiens, Finnlands, Japans, Kanadas, Schwedens, der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung auf; Voraussetzung hierfür ist, daß sie auch das Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 unterzeichnen.

(2) Dieses Protokoll liegt zu denselben Bedingungen auch für jede Vertragspartei des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1967, die nicht in Absatz 1 aufgeführt ist, zur Unterzeichnung auf; Voraussetzung hierfür ist, daß ihr Beitrag mindestens demjenigen entspricht, den sie nach dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1967 übernommen hatte.

Artikel VI
Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Abschluß

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder des Abschlusses durch jeden Unterzeichner nach Maßgabe seiner verfassungsmäßigen oder institutionellen Verfahren; Voraussetzung hierfür ist, daß er auch das Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 ratifiziert, annimmt, genehmigt oder schließt. Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunden sind bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bis zum 22. Juni 1979 zu hinterlegen; jedoch kann der Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß einem Unterzeichner, der seine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

Artikel VII
Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt für jede in Artikel V bezeichnete Vertragspartei zum Beitritt auf, sofern sie auch dem Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 beitrifft und sofern der Beitrag einer in Artikel V Absatz 2 bezeichneten Vertragspartei mindestens demjenigen Beitrag entspricht, den sie nach dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1967 übernommen hatte. Die Beitrittsurkunden nach diesem Absatz sind bis zum 22. Juni 1979 zu hinterlegen; jedoch kann der Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß einer Vertragspartei, die ihre Beitrittsurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

(2) The Food Aid Committee may approve accession to this Protocol, as a donor, by the Government of any member of the United Nations, of its specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency, on such conditions as the Food Aid Committee considers appropriate, provided that the Government also accedes at the same time to the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971, if not already a party to it.

(3) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the United States of America.

Article VIII

Provisional application

Any party referred to in Article V of this Protocol may deposit with the Government of the United States of America a declaration of provisional application of this Protocol, provided it also deposits a declaration of provisional application of the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971. Any other party whose application for accession is approved may also deposit with the Government of the United States of America a declaration of provisional application, provided that the party also deposits a declaration of provisional application of the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971, unless it is already a party to that Protocol or has already deposited a declaration of provisional application of that Protocol. Any such party depositing such a declaration shall provisionally apply this Protocol and be provisionally regarded as a party thereto.

Article IX

Entry into force

(1) This Protocol shall enter into force for those parties that have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession

(a) on 23 June 1979 with respect to all provisions other than Article II of the Convention and Article III of the Protocol, and

(b) on 1 July 1979 with respect to Article II of the Convention and Article III of the Protocol

provided that all parties listed in paragraph (1) of Article V of this Protocol have deposited such instruments or a declaration of provisional application by 22 June 1979 and that the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971 is in force. For any other party that deposits an instrument of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession after the entry into force of the Protocol, this Protocol shall enter into force on the date of such deposit.

(2) If this Protocol does not enter into force in accordance with the provisions of paragraph (1) of this Article, the parties which by 23 June 1979 have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application, may decide by mutual consent that it shall enter into force among those parties that have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession or declarations of provisional application, provided that the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971 is in force, or they may take whatever other action they consider the situation requires.

(2) Der Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß kann den Beitritt der Regierung eines Mitglieds der Vereinten Nationen oder ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation zu diesem Protokoll als Geber zu Bedingungen genehmigen, die er für angemessen hält; Voraussetzung hierfür ist, daß die Regierung gleichzeitig auch dem Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 beitrifft, wenn sie nicht bereits Vertragspartei jenes Protokolls ist.

(3) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel VIII

Vorläufige Anwendung

Jede in Artikel V bezeichnete Vertragspartei dieses Protokolls kann bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erklärung über die vorläufige Anwendung des Protokolls hinterlegen, sofern sie auch eine Erklärung über die vorläufige Anwendung des Protokolls von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 hinterlegt. Jede andere Vertragspartei, deren Beitrittsersuchen genehmigt ist, kann ebenfalls bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erklärung über die vorläufige Anwendung hinterlegen, sofern sie auch eine Erklärung über die vorläufige Anwendung des Protokolls von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 hinterlegt, es sei denn, sie ist bereits Vertragspartei jenes Protokolls oder hat bereits eine Erklärung über seine vorläufige Anwendung hinterlegt. Jede Vertragspartei, die eine solche Erklärung hinterlegt, wendet dieses Protokoll vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel IX

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt für diejenigen Vertragsparteien, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, wie folgt in Kraft:

a) am 23. Juni 1979 hinsichtlich aller Bestimmungen mit Ausnahme des Artikels II des Übereinkommens und des Artikels III des Protokolls und

b) am 1. Juli 1979 hinsichtlich des Artikels II des Übereinkommens und des Artikels III des Protokolls,

sofern alle in Artikel V Absatz 1 aufgeführten Vertragsparteien bis zum 22. Juni 1979 eine der genannten Urkunden oder eine Erklärung über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben und sofern das Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 in Kraft ist. Für jede andere Vertragspartei, die eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunde nach Inkrafttreten dieses Protokolls hinterlegt, tritt es am Tag dieser Hinterlegung in Kraft.

(2) Tritt dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 in Kraft, so können die Vertragsparteien, die bis zum 23. Juni 1979 Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, in gegenseitigem Einvernehmen beschließen, daß es zwischen den Vertragsparteien in Kraft treten soll, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, sofern das Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 in Kraft ist, oder sie können andere Schritte unternehmen, die sie auf Grund der Lage für erforderlich halten.

Article X

Notification by depositary Government

The Government of the United States of America as the depositary Government shall notify all signatory and acceding parties of each signature, ratification, acceptance, approval, conclusion, provisional application of, and accession to, this Protocol.

Article XI

Certified copy of the Protocol

As soon as possible after the definitive entry into force of this Protocol, the depositary Government shall send a certified copy of this Protocol in the English, French, Russian and Spanish languages to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations. Any amendments to this Protocol shall likewise be communicated.

Article XII

Relationship of Preamble to Protocol

This Protocol includes the Preamble to the 1979 Protocols for the fifth extension of the International Wheat Agreement, 1971

In witness whereof the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments or authorities, have signed this Protocol on the dates appearing opposite their signatures.

The texts of this Protocol in the English, French, Russian and Spanish languages shall all be equally authentic. The originals shall be deposited with the Government of the United States of America which shall transmit certified copies thereof to each signatory and acceding party

Artikel X

Notifikation durch die Verwahrregierung

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika als Verwahrregierung notifiziert allen Vertragsparteien, die dieses Protokoll unterzeichnen oder ihm beitreten, jede Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung, jeden Abschluß und jede vorläufige Anwendung des Protokolls sowie jeden Beitritt zu demselben.

Artikel XI

Beglaubigte Abschrift des Protokolls

Nach dem endgültigen Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt die Verwahrregierung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen so bald wie möglich eine beglaubigte Abschrift des Protokolls in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache zur Registrierung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen. Änderungen dieses Protokolls werden ebenfalls übermittelt.

Artikel XII

Verhältnis der Präambel zum Protokoll

Die Präambel der Protokolle von 1979 zur fünften Verlängerung der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971 ist Bestandteil dieses Protokolls.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen oder Behörden hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll an dem jeweils neben ihrer Unterschrift vermerkten Tag unterschrieben.

Der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Protokolls ist gleichermaßen verbindlich. Die Urschriften werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei, die dieses Übereinkommen unterzeichnet oder ihm beitrifft, beglaubigte Abschriften.

**Bekanntmachung
des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1980**

Vom 2. Juli 1981

Auf Grund der am 30. Juni 1980 in Washington abgegebenen Erklärung über die vorläufige Anwendung ist das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1980 nach seinem Artikel XVII Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Juli 1980
in Kraft getreten.

Das Übereinkommen ist ferner auf Grund des Artikels XVII Abs. 2 des Übereinkommens am selben Tage in Kraft getreten für:

| | |
|-------------------------------------|------------------------|
| Argentinien | Kanada |
| Australien | Luxemburg |
| Belgien | Niederlande |
| Dänemark | Norwegen |
| Europäische Wirtschaftsgemeinschaft | Österreich |
| Finnland | Schweden |
| Frankreich | Schweiz |
| Irland | Spanien |
| Italien | Vereinigtes Königreich |
| Japan | Vereinigte Staaten |

Japan und die Vereinigten Staaten haben erklärt, daß sie das Übereinkommen im Rahmen ihrer Gesetzgebung und ihres Haushaltsrechts anwenden werden.

Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1980

Food Aid Convention, 1980

(Übersetzung)

Part I

Objective and Definitions

Article I

Objective

The objective of this Convention is to secure, through a joint effort by the international community, the achievement in physical terms of the World Food Conference target of at least 10 million tons of food aid annually to developing countries in the form of wheat and other grains suitable for human consumption, and as determined by the provisions of this Convention.

Article II

Definitions

- (1) For the purposes of this Convention:
- (a) "c.i.f." means cost, insurance and freight;
 - (b) "Committee" means the Food Aid Committee referred to in Article V;
 - (c) "Executive Secretary" means the Executive Secretary of the International Wheat Council;
 - (d) "f.o.b." means free on board;
 - (e) "grain" or "grains", unless otherwise stated, means wheat, barley, maize, oats, rye, sorghum and rice, or products derived therefrom, including products of secondary processing, as defined in the Rules of Procedure, subject to the provisions of paragraph (1) of Article III;
 - (f) "member" means a Party to this Convention;
 - (g) "Secretariat" means the secretariat of the International Wheat Council;
 - (h) "ton" means 1,000 kilogrammes;
 - (i) "year" means the period from 1 July to 30 June, unless otherwise stated.
- (2) Any reference in this Convention to a "Government" or "Governments" shall be construed as including a reference to the European Economic Community (hereinafter referred to as the EEC). Accordingly, any reference in this Convention to "signature" or to the "deposit of instruments of ratification, acceptance or approval" or "an instrument of accession" or to a "declaration of provisional application" by a Government shall, in the case of the EEC, be construed as including signature or declaration of provisional application on behalf of the EEC by its competent authority, and the deposit of the instrument required by the institutional procedures of the EEC to be deposited for the conclusion of an international agreement.

Teil I

Zweck und Begriffsbestimmungen

Artikel I

Zweck

Zweck dieses Übereinkommens ist es sicherzustellen, daß das Ziel der Welternährungskonferenz in Höhe von mindestens 10 Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe jährlich für Entwicklungsländer in Form von Weizen und anderem für den menschlichen Verzehr geeigneten Getreide durch gemeinsame Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft materiell erreicht wird, wie dies durch dieses Übereinkommen festgelegt ist.

Artikel II

Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Übereinkommens
- a) bedeutet „cif“ Kosten, Versicherung und Fracht;
 - b) bedeutet „Ausschuß“ den in Artikel V bezeichneten Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß;
 - c) bedeutet „Exekutivsekretär“ den Exekutivsekretär des Internationalen Weizenrats;
 - d) bedeutet „fob“ frei an Bord;
 - e) bedeutet „Getreide“, sofern nichts anderes bestimmt ist, Weizen, Gerste, Mais, Hafer, Roggen, Sorghum und Reis oder daraus gewonnene Erzeugnisse einschließlich Verarbeitungserzeugnisse, wie in den Verfahrensregeln festgelegt, vorbehaltlich des Artikels III Absatz 1;
 - f) bedeutet „Mitglied“ eine Vertragspartei dieses Übereinkommens;
 - g) bedeutet „Sekretariat“ das Sekretariat des Internationalen Weizenrats;
 - h) bedeutet „Tonne“ 1 000 kg;
 - i) bedeutet „Jahr“ den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni, sofern nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf eine „Regierung“ oder „Regierungen“ gilt auch als Bezugnahme auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (im folgenden als EWG bezeichnet). Entsprechend gilt jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf die „Unterzeichnung“, die „Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden“, eine „Beitrittsurkunde“ oder eine „Erklärung über die vorläufige Anwendung“ durch eine Regierung im Falle der EWG auch als Bezugnahme auf die Unterzeichnung oder die Erklärung über die vorläufige Anwendung im Namen der EWG durch deren zuständige Behörde sowie die Hinterlegung der nach den institutionellen Verfahren der EWG für den Abschluß einer internationalen Übereinkunft zu hinterlegenden Urkunde.

Part II

Main Provisions

Article III

International food aid

(1) The members of this Convention agree to contribute as food aid to the developing countries grains, as defined in Article II paragraph 1 (e), suitable for human consumption and of an acceptable type and quality or the cash equivalent thereof, in the minimum annual amounts specified in paragraph (3) below.

(2) To the maximum extent possible contributions shall be made by members and needs estimated by recipient countries on a forward planning basis, so that recipient countries may be able to take account, in their development programmes, of the likely flow of food aid they will receive during each year of this Convention. Furthermore, members should, to the extent possible, indicate the amount of their contributions to be made in the form of gifts or grants.

(3) The minimum annual contribution of each member towards the achievement of the objective of Article I is as follows:

| Member | Tons |
|---|-----------|
| Argentina | 35,000 |
| Australia | 400,000 |
| Austria | 20,000 |
| Canada | 600,000 |
| European Economic Community and its member States | 1,650,000 |
| Finland | 20,000 |
| Japan | 300,000 |
| Norway | 30,000 |
| Sweden | 40,000 |
| Switzerland | 27,000 |
| United States of America | 4,470,000 |

(4) For the purposes of the operation of this Convention, any member which has acceded to this Convention pursuant to paragraph (2) of Article XVI shall be deemed to be listed in paragraph (3) of this Article together with its minimum contribution as determined under the relevant provisions of Article XVI.

(5) In the case of a member making the whole or part of its contribution in the form of cash, the quantity determined for that member, or that portion of that quantity not contributed in grain, shall be evaluated at prevailing market prices for wheat. For the purposes of this paragraph, the Committee shall annually determine the prevailing market price for the following year on the basis of the average monthly price of wheat for the preceding calendar year. The Committee shall establish a Rule of Procedure for the determination of the average monthly price of wheat. In determining the prevailing market price, the Committee shall pay due consideration to any significant increase or decrease in the annual average price.

(6) The Committee shall establish Rules of Procedure for the purposes of evaluating a member's contribution, committed or shipped, in grain other than wheat, taking into account, where appropriate, the grain content of products and the commercial value of the grain relative to wheat.

(7) Food aid under this Convention may be supplied on any of the following terms:

- (a) gifts of grain or gifts of cash to be used to purchase grain for the recipient country;

Teil II

Grundlegende Bestimmungen

Artikel III

Internationale Nahrungsmittelhilfe

(1) Die Mitglieder dieses Übereinkommens erklären sich bereit, als Nahrungsmittelhilfe für Entwicklungsländer Getreide im Sinne des Artikels II Absatz 1 Buchstabe e, das für den menschlichen Verzehr geeignet und von annehmbarer Type und Qualität ist, oder dessen Gegenwert in Geld in den in Absatz 3 bezeichneten jährlichen Mindestmengen zur Verfügung zu stellen.

(2) Im weitestmöglichen Umfang werden die Beitragsleistungen der Mitglieder und die Bedarfsschätzungen der Empfängerländer vorausgeplant, so daß die Empfängerländer voraussichtliche Nahrungsmittelhilfe, die sie während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens jährlich erhalten werden, in ihren Entwicklungsprogrammen berücksichtigen können. Ferner sollen die Mitglieder die Höhe ihrer in Form von Schenkungen oder Geldzuwendungen vorgesehenen Beiträge so weit wie möglich anzeigen.

(3) Der jährliche Mindestbeitrag der Mitglieder zur Erreichung des in Artikel I festgelegten Zieles ist wie folgt:

| Mitglied | Tonnen |
|--|-----------|
| Argentinien | 35 000 |
| Australien | 400 000 |
| Österreich | 20 000 |
| Kanada | 600 000 |
| Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten | 1 650 000 |
| Finnland | 20 000 |
| Japan | 300 000 |
| Norwegen | 30 000 |
| Schweden | 40 000 |
| Schweiz | 27 000 |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 4 470 000 |

(4) Für die Anwendung dieses Übereinkommens gilt jedes Mitglied, das diesem Übereinkommen nach Artikel XVI Absatz 2 beigetreten ist, zusammen mit seinem nach den einschlägigen Bestimmungen des Artikels XVI festgesetzten Mindestbeitrag als in Absatz 3 dieses Artikels aufgeführt.

(5) Leistet ein Mitglied seinen Beitrag ganz oder teilweise in Geld, so ist die für dieses Mitglied festgesetzte Getreidemenge oder die Menge, die davon nicht in Getreide geleistet wird, zu den geltenden Marktpreisen für Weizen zu berechnen. Im Sinne dieses Absatzes setzt der Ausschuß den geltenden Marktpreis für das folgende Jahr auf der Grundlage des durchschnittlichen Monatspreises für Weizen für das vorhergehende Kalenderjahr alljährlich fest. Der Ausschuß legt eine Verfahrensregel für die Festsetzung des durchschnittlichen Monatspreises für Weizen fest. Bei der Festsetzung des geltenden Marktpreises berücksichtigt der Ausschuß gebührend jede wesentliche Erhöhung oder jeden wesentlichen Rückgang des jährlichen Durchschnittspreises.

(6) Der Ausschuß legt Verfahrensregeln für die Berechnung des Beitrags der Mitglieder fest, der in anderem Getreide als Weizen zugesagt oder geliefert wird, wobei gegebenenfalls der Getreidegehalt der Erzeugnisse und der Handelswert des Getreides im Verhältnis zu Weizen zu berücksichtigen ist.

(7) Die Nahrungsmittelhilfe im Rahmen dieses Übereinkommens kann zu jeder der folgenden Bedingungen geleistet werden:

- a) Getreideschenkungen oder Geldschenkungen zum Kauf von Getreide für das Empfängerland;

- (b) sales for the currency of the recipient country which is not transferable and is not convertible into currency or goods and services for use by the donor members ¹⁾;
- (c) sales on credit, with payment to be made in reasonable annual amounts over periods of 20 years or more and with interest at rates which are below commercial rates prevailing in world markets ²⁾;

on the understanding that such aid shall be supplied to the maximum extent possible by way of gifts, especially in the case of least developed countries, low *per capita* income countries and other developing countries in serious economic difficulties.

(8) Grain purchases under paragraph (7) (a) of this Article shall be made from members of the Food Aid Convention, 1980 and the Wheat Trade Convention in force, with preference accorded to developing members of both Conventions, with a view to facilitating exports of, or processing by, developing members of both Conventions. In making purchases it shall be the general aim that the major part of such purchases shall come from developing countries, with priority being given to developing members of the Food Aid Convention. These provisions shall not therefore exclude the purchase of grain from a developing country, not a member of these Conventions. In all purchases under this paragraph, special regard shall be given to the quality, the c.i.f. price advantages and the possibilities of speedy delivery to the recipient country, and the specific requirements of the recipient countries themselves. Cash contributions shall not normally be used in any year to purchase a grain from a country which is the same type of grain as that country has received as bilateral or multilateral food aid during the same year, or during the previous year if the grain so provided is still being used.

(9) Aid transactions under paragraphs (7) and (8) of this Article shall be carried out in a way consistent with the concerns expressed in the FAO Principles of Surplus Disposal and Guiding Lines.

(10) Contributions in the form of grains shall be placed in a f.o.b. forward position by members.

(11) If transport costs beyond the f.o.b. position are borne by donors these shall be regarded as cash contributions under the Convention over and above the minimum annual amounts specified in paragraph (3) of this Article.

(12) Members may, in respect of their contributions under this Convention, specify a recipient country or countries.

(13) Members may make their contributions through an international organization or bilaterally. However, members shall give full consideration to the advantages of directing a greater proportion of food aid through multilateral channels, in particular the World Food Programme, and shall otherwise act in accordance with the Guidelines and Criteria for Food Aid, approved by the Committee on Food Aid Policies and Programmes of the World Food Programme.

(14) In the case of the inability of a member to fulfil its obligations under this Convention in any one year, such member shall increase its commitments or shipments, as appropriate, in the following year by the residual amount remaining from the preceding year.

¹⁾ Under exceptional circumstances an exemption of not more than 10 per cent may be granted.

²⁾ The credit sales agreement may provide for payment of up to 15 per cent of principal upon delivery of the grain.

b) Verkäufe gegen Zahlungsmittel des Empfängerlands, die nicht transferierbar und weder in Zahlungsmittel noch in Waren und Dienstleistungen zur Verwendung durch die Gebermitglieder konvertierbar sind; ¹⁾

c) Verkäufe gegen Kredit, wobei die Zahlung in zumutbaren Jahresbeträgen über Zeitspannen von 20 Jahren oder mehr zu Zinssätzen erfolgt, die unter den auf den Weltmärkten geltenden handelsüblichen Zinssätzen liegen; ²⁾

dabei wird davon ausgegangen, daß diese Hilfe möglichst weitgehend in Form von Schenkungen geleistet wird, insbesondere bei den am wenigsten entwickelten Ländern, Niedrigeinkommensländern und anderen Entwicklungsländern mit ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

(8) Die Getreidekäufe nach Absatz 7 Buchstabe a werden in den Mitgliedern des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1980 und des geltenden Weizenhandels-Übereinkommens getätigt, wobei die in der Entwicklung befindlichen Mitglieder beider Übereinkommen bevorzugt werden, um die Ausfuhren oder die Verarbeitung durch diese Mitglieder zu fördern. Bei der Tägung von Käufen ist das allgemeine Ziel, daß der Hauptteil solcher Käufe in den Entwicklungsländern abgewickelt wird, wobei den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedern des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens Vorrang eingeräumt wird. Diese Bestimmungen schließen demgemäß den Kauf von Getreide in einem Entwicklungsland, das nicht Mitglied dieses Übereinkommens ist, nicht aus. Bei allen Käufen nach diesem Absatz sind die Qualität, die cif-Preisvorteile und die Möglichkeiten einer raschen Lieferung an das Empfängerland sowie die besonderen Bedürfnisse der Empfängerländer selbst besonders zu berücksichtigen. Geldbeiträge werden in der Regel nicht dazu verwendet, in einem bestimmten Jahr in einem Land Getreide zu kaufen, das von der gleichen Type ist wie das Getreide, das dieses Land während desselben oder des vorhergehenden Jahres als bilaterale oder multilaterale Nahrungsmittelhilfe erhalten hat, wenn das auf diese Weise zur Verfügung gestellte Getreide noch verwendet wird.

(9) Hilfesgeschäfte nach den Absätzen 7 und 8 werden im Einklang mit den in den FAO-Grundsätzen für die Verwendung von Überschüssen und den Leitlinien niedergelegten Gesichtspunkten durchgeführt.

(10) Die Getreidebeiträge der Mitglieder werden fob als Terminlieferungen bereitgestellt.

(11) Werden die Transportkosten über die fob-Lieferung hinaus von den Gebern getragen, so gelten diese als Geldbeiträge nach diesem Übereinkommen zusätzlich zu den in Absatz 3 festgesetzten jährlichen Mindestbeiträgen.

(12) Die Mitglieder können für ihre Beiträge nach diesem Übereinkommen ein oder mehrere Empfängerländer bestimmen.

(13) Die Mitglieder können ihre Beiträge über eine internationale Organisation oder bilateral leisten. Jedoch werden die Mitglieder alle Vorteile berücksichtigen, die mit der Lieferung eines größeren Anteils der Nahrungsmittelhilfe auf multilateralem Wege, insbesondere durch das Welternährungsprogramm, verbunden sind, und sonst im Einklang mit den von dem Ausschuss für Nahrungsmittelhilfepolitik und -programme des Welternährungsprogramms gebilligten Richtlinien und Kriterien handeln.

(14) Kann ein Mitglied seinen Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen in einem bestimmten Jahr nicht nachkommen, so erhöht dieses Mitglied seine Verpflichtungen oder Lieferungen gegebenenfalls im folgenden Jahr um den aus dem vorhergehenden Jahr verbliebenen Restbetrag.

¹⁾ Unter außergewöhnlichen Umständen können bis zu 10 v. H. erlassen werden.

²⁾ Das Abkommen über Verkäufe gegen Kredit kann vorsehen, daß bis zu 15 v. H. des Kapitals bei Lieferung des Getreides gezahlt werden.

Article IV**Special provision for emergency needs**

If in any year there is a substantial food grain production shortfall in the low income developing countries as a whole, the Chairman of the Committee, after considering information received from the Executive Secretary, shall call a session of the Committee to consider the seriousness of the production shortfall. The Committee may recommend that members should respond to the situation by increasing the amount of food aid available.

Article V**Food Aid Committee**

There shall be established a Food Aid Committee whose membership shall consist of all parties to this Convention. The Committee shall appoint a Chairman and a Vice-Chairman.

Article VI**Powers and functions of the Committee**

- (1) The Committee shall:
- receive from members, and members shall provide, regular reports on the amount, content, channelling and terms of their contributions under this Convention;
 - keep under review the purchase of grains financed by cash contributions with particular reference to the obligation in paragraph (8) of Article III concerning purchases of grain from developing countries;
 - examine the way in which the obligations undertaken under this Convention have been fulfilled; and
 - exchange information on a regular basis on the functioning of the food aid arrangements under this Convention, in particular, where information is available, on its effects on food production in recipient countries.

The Committee shall report as necessary.

(2) For the purposes of Article IV and sub-paragraphs 1 (c) and 1 (d) of this Article the Committee may receive information from recipient countries and may consult with them.

(3) The Committee shall establish such rules of procedure as are necessary to carry out the provisions of this Convention.

(4) In addition to the powers and functions specified in this Article, the Committee shall have such other powers and perform such other functions as are necessary to carry out the provisions of this Convention.

Article VII**Seat, sessions and quorum**

(1) The seat of the Committee shall be London, unless the Committee decides otherwise.

(2) The Committee shall meet at least twice a year in conjunction with the statutory sessions of the International Wheat Council. The Committee shall meet also at such other times as the Chairman shall decide; or at the request of three members; or as otherwise required by this Convention.

(3) The presence of delegates representing two-thirds of the membership of the Committee shall be necessary to constitute a quorum at any session of the Committee.

Artikel IV**Sonderbestimmung für den Bedarf in Notfällen**

Kommt es in einem Jahr in den in der Entwicklung befindlichen Niedrigeinkommensländern insgesamt zu einem beträchtlichen Produktionsdefizit bei Nahrungsgetreide, so beruft der Vorsitzende des Ausschusses, nachdem er sich mit den vom Exekutivsekretär erhaltenen Auskünften befaßt hat, eine Tagung des Ausschusses ein, um die Bedenklichkeit des Produktionsdefizits zu prüfen. Der Ausschuß kann empfehlen, daß die Mitglieder auf die Situation reagieren, indem sie die verfügbare Nahrungsmittelhilfe erhöhen.

Artikel V**Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß**

Es wird ein Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß eingesetzt, dem alle Vertragsparteien dieses Übereinkommens angehören. Der Ausschuß bestimmt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel VI**Befugnisse und Aufgaben des Ausschusses**

- (1) Der Ausschuß
- erhält von den Mitgliedern regelmäßig Berichte über Höhe, Zusammensetzung, Verteilung und Bedingungen ihrer Beiträge nach diesem Übereinkommen, und die Mitglieder liefern regelmäßig solche Berichte;
 - überprüft laufend die mit Geldzuwendungen finanzierten Getreidekäufe unter besonderer Berücksichtigung der Verpflichtung aus Artikel III Absatz 8, die den Kauf von Getreide aus Entwicklungsländern betrifft;
 - prüft, wie die im Rahmen dieses Übereinkommens eingegangenen Verpflichtungen erfüllt worden sind, und
 - tauscht regelmäßig Auskünfte aus über die Wirkungsweise der auf Grund dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Nahrungsmittelhilfe, insbesondere über ihre Auswirkung auf die Nahrungsmittelerzeugung der Empfängerländer, soweit derartige Auskünfte vorliegen.

Der Ausschuß erstattet erforderlichenfalls Bericht.

(2) Für die Zwecke des Artikels IV und des Absatzes 1 Buchstaben c und d dieses Artikels kann der Ausschuß Auskünfte von den Empfängerländern entgegennehmen und mit ihnen Konsultationen führen.

(3) Der Ausschuß legt die Verfahrensregeln fest, die zur Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens notwendig sind.

(4) Außer den in diesem Artikel genannten Befugnissen und Aufgaben hat der Ausschuß die Befugnisse und nimmt die Aufgaben wahr, die zur Durchführung dieses Übereinkommens notwendig sind.

Artikel VII**Sitz, Tagungen und Beschlußfähigkeit**

(1) Der Sitz des Ausschusses ist London, sofern der Ausschuß nicht etwas anderes beschließt.

(2) Der Ausschuß tritt mindestens zweimal jährlich in Verbindung mit den satzungsgemäßen Tagungen des Internationalen Weizenrats zusammen. Der Ausschuß tritt außerdem zu jedem anderen vom Vorsitzenden bestimmten Zeitpunkt oder auf Antrag von drei Mitgliedern oder wenn es sonst auf Grund dieses Übereinkommens erforderlich ist, zusammen.

(3) Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn bei einer Tagung zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses anwesend sind.

Article VIII**Decisions**

The decisions of the Committee shall be reached by consensus.

Article IX**Admission of observers**

The Committee may, when appropriate, invite representatives of the secretariats of other international organizations, whose membership is limited to Governments that are members of the United Nations or its specialized agencies, to attend its sessions as observers.

Article X**Administrative provisions**

The Committee shall use the services of the Secretariat for the performance of such administrative duties as the Committee may request, including the processing and distribution of documentation and reports.

Article XI**Defaults and disputes**

In the case of a dispute concerning the interpretation or application of this Convention, or of a default in obligations under this Convention, the Committee shall meet and take appropriate action.

Part III**Final Provisions****Article XII****Signature**

This Convention shall be open for signature in Washington from 11 March 1980 until and including 30 April 1980 by the Governments referred to in paragraph (3) of Article III.

Article XIII**Depositary**

The Government of the United States of America shall be the depositary of this Convention.

Article XIV**Ratification, acceptance or approval**

This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval by each signatory Government in accordance with its constitutional procedures. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the depositary not later than 30 June 1980, except that the Committee under the Food Aid Convention, 1971, as extended, or the Committee under this Convention may grant one or more extensions of time to any signatory Government that has not deposited its instrument of ratification, acceptance or approval by that date.

Article XV**Provisional application**

Any signatory Government may deposit with the depositary a declaration of provisional application of this Convention. Any such Government shall provisionally apply this Convention and be provisionally regarded as a party thereto.

Artikel VIII**Beschlüsse**

Die Beschlüsse des Ausschusses werden einstimmig gefaßt.

Artikel IX**Zulassung von Beobachtern**

Der Ausschuß kann gegebenenfalls Vertreter der Sekretariate anderer internationaler Organisationen, denen als Mitglieder nur Regierungen angehören, die Mitglieder der Vereinten Nationen oder ihrer Sonderorganisationen sind, zur Teilnahme an seinen Tagungen als Beobachter einladen.

Artikel X**Verwaltungsbestimmungen**

Der Ausschuß bedient sich des Sekretariats für die Erledigung aller erforderlichen Verwaltungsaufgaben, einschließlich der Erarbeitung und Verteilung von Unterlagen und Berichten.

Artikel XI**Versäumnisse und Streitigkeiten**

Im Falle von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder von Versäumnissen gegenüber den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen tritt der Ausschuß zusammen und trifft geeignete Maßnahmen.

Teil III**Schlußbestimmungen****Artikel XII****Unterzeichnung**

Dieses Übereinkommen liegt vom 11. März 1980 bis zum 30. April 1980 in Washington für die in Artikel III Absatz 3 bezeichneten Regierungen zur Unterzeichnung auf.

Artikel XIII**Verwahrer**

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

Artikel XIV**Ratifikation, Annahme oder Genehmigung**

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch jede Unterzeichnerregierung nach Maßgabe ihrer verfassungsmäßigen Verfahren. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden sind beim Verwahrer bis zum 30. Juni 1980 zu hinterlegen; jedoch kann der Ausschuß nach dem verlängerten Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1971 oder der Ausschuß nach diesem Übereinkommen einer Unterzeichnerregierung, die ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

Artikel XV**Vorläufige Anwendung**

Jede Unterzeichnerregierung kann beim Verwahrer eine Erklärung über die vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens hinterlegen. Diese Regierung wendet dieses Übereinkommen vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Article XVI**Accession**

(1) This Convention shall be open for accession by any Government referred to in paragraph (3) of Article III that has not signed this Convention. Instruments of accession shall be deposited with the depositary not later than 30 June 1980, except that the Committee under the Food Aid Convention, 1971, as extended, or the Committee under this Convention may grant one or more extensions of time to any Government that has not deposited its instrument of accession by that date.

(2) Once this Convention has entered into force in accordance with Article XVII of this Convention, it shall be open for accession by any Government other than those referred to in paragraph (3) of Article III, upon such conditions as the Committee considers appropriate. Instruments of accession shall be deposited with the depositary.

(3) Any Government acceding to this Convention under paragraph (1) or paragraph (2) of this Article may deposit with the depositary a declaration of provisional application of this Convention pending the deposit of its instrument of accession. Any such Government shall provisionally apply this Convention and be provisionally regarded as a party thereto.

Article XVII**Entry into force**

(1) This Convention shall enter into force on 1 July 1980, if by 30 June 1980 the Governments referred to in paragraph (3) of Article III have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or declarations of provisional application, and provided that the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971, or a new Wheat Trade Convention replacing it, is in force.

(2) If this Convention does not enter into force in accordance with paragraph (1) of this Article, the Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or declarations of provisional application, may decide by unanimous consent that it shall enter into force among themselves provided that the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971, or a new Wheat Trade Convention replacing it, is in force, or may take whatever other action they consider the situation requires.

Article XVIII**Duration and extension**

(1) This Convention shall remain in force until and including 30 June 1981, provided that the 1979 Protocol for the fifth extension of the Wheat Trade Convention, 1971, or a new Wheat Trade Convention replacing it, remains in force until and including that date.

(2) If the Wheat Trade Convention, 1971 is further extended, or if a new Wheat Trade Convention replacing it enters into force, the Committee may extend this Convention for the period of extension of the Wheat Trade Convention, 1971, or for the duration of the new Wheat Trade Convention replacing it. At the time of such extension of this Convention, a member which does not wish to participate in this Convention, as extended, may withdraw therefrom by giving written notice of withdrawal to the depositary. Such member shall inform the Committee accordingly, but shall not be released from any obligations under this Convention which have not been discharged.

Artikel XVI**Beitritt**

(1) Dieses Übereinkommen liegt für jede in Artikel III Absatz 3 bezeichnete Regierung, die dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet hat, zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden sind bis zum 30. Juni 1980 beim Verwahrer zu hinterlegen; jedoch kann der Ausschuß nach dem verlängerten Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1971 oder der Ausschuß nach diesem Übereinkommen einer Regierung, die ihre Beitrittsurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

(2) Sobald dieses Übereinkommen nach seinem Artikel XVII in Kraft getreten ist, liegt es für jede andere Regierung als die in Artikel III Absatz 3 bezeichneten Regierungen zu Bedingungen zum Beitritt auf, die der Ausschuß für angemessen hält. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(3) Jede Regierung, die diesem Übereinkommen nach Absatz 1 oder Absatz 2 beitrifft, kann beim Verwahrer eine Erklärung über die vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens bis zur Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde hinterlegen. Diese Regierung wendet dieses Übereinkommen vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel XVII**Inkrafttreten**

(1) Dieses Übereinkommen tritt am 1. Juli 1980 in Kraft, wenn die in Artikel III Absatz 3 bezeichneten Regierungen bis zum 30. Juni 1980 Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben und sofern das Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 oder ein neues Weizenhandels-Übereinkommen, das an dessen Stelle tritt, in Kraft ist.

(2) Tritt dieses Übereinkommen nicht nach Absatz 1 in Kraft, so können die Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, einstimmig beschließen, daß es zwischen ihnen in Kraft treten soll, sofern das Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 oder ein neues Weizenhandels-Übereinkommen, das an dessen Stelle tritt, in Kraft ist, oder sie können andere Schritte unternehmen, die sie auf Grund der Lage für erforderlich halten.

Artikel XVIII**Geltungsdauer und Verlängerung**

(1) Dieses Übereinkommen bleibt bis zum 30. Juni 1981 in Kraft, sofern das Protokoll von 1979 zur fünften Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 oder ein neues Weizenhandels-Übereinkommen, das an dessen Stelle tritt, bis zu diesem Zeitpunkt in Kraft bleibt.

(2) Wird das Weizenhandels-Übereinkommen von 1971 weiter verlängert oder tritt ein neues Weizenhandels-Übereinkommen an dessen Stelle in Kraft, so kann der Ausschuß dieses Übereinkommen für den Zeitraum der Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 oder für die Geltungsdauer des neuen Weizenhandels-Übereinkommens, das an dessen Stelle tritt, verlängern. Zum Zeitpunkt der Verlängerung dieses Übereinkommens kann ein Mitglied, das sich an diesem verlängerten Übereinkommen nicht beteiligen möchte, durch eine schriftliche Rücktrittsanzeige an den Verwahrer von diesem Übereinkommen zurücktreten. Ein solches Mitglied benachrichtigt den Ausschuß entsprechend; es wird jedoch nicht von Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen befreit, die noch nicht erfüllt sind.

Article XIX**Relationship of this Convention to the International Wheat Agreement, 1971, as extended**

This Convention shall replace the Food Aid Convention, 1971, as extended and shall be one of the constituent instruments of the International Wheat Agreement, 1971, as extended.

Article XX**Authentic texts**

The texts of this Convention in the English, French, Russian and Spanish languages shall all be equally authentic. The originals shall be deposited in the archives of the depositary, which shall transmit certified copies thereof to each signatory and acceding Government.

In witness whereof the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments or authorities, have signed this Convention on the dates appearing opposite their signatures.

Appendix**Interpretative notes****Article III****International Food Aid**

The Conference declares that the member countries should take the greatest care in order to ensure that the fulfilment of the food aid obligations under the Food Aid Convention, 1980 should not introduce interference with free and fair competition in shipping.

Article III (5)**Contribution of cash**

A significant increase or decrease shall be considered to have taken place when the annual average price referred to in Article III (5) rises more than 20 per cent above, or falls more than 20 per cent below, that of the previous calendar year, respectively. In that regard, the prevailing market price actually used to evaluate a member's contribution shall not be more than 20 per cent above nor more than 20 per cent below that of the previous year.

Artikel XIX**Verhältnis dieses Übereinkommens zur verlängerten Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971**

Dieses Übereinkommen tritt an die Stelle des verlängerten Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971 und ist eine der Urkunden, welche die verlängerte Internationale Weizen-Übereinkunft von 1971 bilden.

Artikel XX**Verbindliche Wortlaute**

Der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich. Die Urschriften werden im Archiv des Verwahrers hinterlegt; dieser übermittelt jeder Regierung, die das Übereinkommen unterzeichnet oder ihm beiträgt, beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen oder Behörden hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen an dem jeweils neben ihrer Unterschrift vermerkten Tag unterschrieben.

Anhang**Auslegungsnoten****Artikel III****Internationale Nahrungsmittelhilfe**

Die Konferenz erklärt, die Mitgliedländer sollten größte Sorgfalt darauf verwenden, daß die Erfüllung der Nahrungsmittelhilfe-Verpflichtungen im Rahmen des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1980 nicht den freien und lautereren Wettbewerb in der Seeschifffahrt beeinträchtigt.

Artikel III Absatz 5**Geldbeitrag**

Eine wesentliche Erhöhung oder ein wesentlicher Rückgang gilt als eingetreten, wenn der in Artikel III Absatz 5 bezeichnete jährliche Durchschnittspreis gegenüber dem des vorhergehenden Kalenderjahrs um mehr als 20 v. H. steigt bzw. um mehr als 20 v. H. sinkt. Diesbezüglich darf der zur Berechnung des Beitrags eines Mitglieds tatsächlich zugrunde gelegte geltende Marktpreis nicht mehr als 20 v. H. über oder unter dem des Vorjahrs liegen.

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen
Vom 7. Juli 1981

Das Internationale Abkommen vom 26. September 1906 über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen (RGBl. 1911 S. 5) ist von Neuseeland am 19. März 1981 gekündigt worden. Das Abkommen wird daher nach seinem Artikel 11 für

Neuseeland am 19. März 1982
außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 31. Dezember 1910 (RGBl. 1911 S. 16) und vom 28. September 1979 (BGBl. II S. 1077).

Bonn, den 7. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls zum Übereinkommen
über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)
Vom 7. Juli 1981

Das Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) – BGBl. 1980 II S. 721, 733 – wird nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für

Rumänien am 2. August 1981
in Kraft treten.

Rumänien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde den nach Artikel 9 Abs. 1 zulässigen Vorbehalt zu Artikel 8 des Protokolls eingelegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Mai 1981 (BGBl. II S. 216).

Bonn, den 7. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit
auf dem Gebiete des Zollwesens**

Vom 7. Juli 1981

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens (BGBl. 1952 II S. 1, 19) ist nach seinem Artikel XVIII Buchstabe c für

| | |
|-----------|------------------|
| Simbabwe | am 19. März 1981 |
| Swasiland | am 15. Mai 1981 |

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Februar 1981 (BGBl. II S. 133).

Bonn, den 7. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife**

Vom 7. Juli 1981

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife in der Fassung des Berichtigungsprotokolls vom 1. Juli 1955 (BGBl. 1952 II S. 1; 1960 II S. 470), geändert durch Empfehlung des Rates vom 16. Juni 1960 (BGBl. 1964 II S. 1234), wird mit seiner Anlage, dem Zolltarifschema, zuletzt geändert durch Empfehlung des Rates vom 18. Juni 1976 (BGBl. 1978 II S. 1331), nach Artikel XIII und XVI des Abkommens und Artikel 5 Buchstabe C des Berichtigungsprotokolls für

| | |
|-----------|--------------------|
| Swasiland | am 15. August 1981 |
|-----------|--------------------|

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Januar 1981 (BGBl. II S. 18).

Bonn, den 7. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1978
zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See**

Vom 8. Juli 1981

Das Protokoll von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1980 II S. 525) ist nach seinem Artikel V Abs. 1 für

Finnland am 1. Mai 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Mai 1981 (BGBl. II S. 199).

Bonn, den 8. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den Straßenverkehr**

Vom 8. Juli 1981

Das Übereinkommen vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 811) wird nach seinem Artikel 47 Abs. 2 – unter Angabe des nach Artikel 45 Abs. 4 notifizierten Unterscheidungszeichens (Kennzeichens) – für

Uruguay (Kennzeichen: ROU) am 8. April 1982
in Kraft treten.

Uruguay hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde nach Artikel 54 Abs. 2 des Übereinkommens erklärt, daß es für die Anwendung dieses Übereinkommens die Motorfahräder den Krafträdern gleichstellt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. März 1981 (BGBl. II S. 143).

Bonn, den 8. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel
und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP)**

Vom 9. Juli 1981

Das Übereinkommen vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) – BGBl. 1974 II S. 565 –, wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Marokko am 5. März 1982
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. August 1980 (BGBl. II S. 1248).

Bonn, den 9. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Lesotho
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 13. Juli 1981

In Bonn ist am 30. Juni 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Lesotho über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 30. Juni 1981
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. Juli 1981

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Lesotho über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs Lesotho –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Lesotho,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Lesotho beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Lesotho, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Vorhaben:

- a) „Förderung des Ausbaus des Fernsprech-, Telex- und Telegrammdienstes“ (Telecommunication, Phase II) bis zu 26 900 000,- DM (in Worten: sechsundzwanzig Millionen neunhunderttausend Deutsche Mark)
- b) „Ausbau der Straße Roma–Ramabanta“ bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark)
- c) „Studien- und Sachverständigenfonds“ bis zu 1 100 000,- DM (in Worten: eine Million einhunderttausend Deutsche Mark)

Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 33 000 000,- DM (in Worten: dreiunddreißig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Königreichs Lesotho zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge sowie die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Lesotho stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen

öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge im Königreich Lesotho erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Lesotho überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a und b bezeichneten Finanzierungsbeiträgen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

(2) Das bei der Vergabe des Auftrags für die Durchführung des in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c bezeichneten Vorhabens anzuwendende Verfahren wird in dem zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger zu schließenden Finanzierungsvertrag geregelt.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Lesotho innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 30. Juni 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
von Staden

Für die Regierung des Königreichs Lesotho
E. R. Sekhonyana

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die zivilrechtliche Haftung
bei der Beförderung von Kernmaterial auf See**

Vom 13. Juli 1981

Das Übereinkommen vom 17. Dezember 1971 über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See (BGBl. 1975 II S. 957, 1026) wird nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Argentinien am 16. August 1981
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. April 1981 (BGBl. II S. 192).

Bonn, den 13. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Bundesrepublik Nigeria
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 15. Juli 1981

In Lagos ist am 5. Juni 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Bundesrepublik Nigeria über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 5. Juni 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Juli 1981

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Bundesrepublik Nigeria
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Bundesrepublik Nigeria –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesrepublik Nigeria,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Nigeria beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Bundesrepublik Nigeria, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt (Main), für das Vorhaben „Metallurgisches Ausbildungsinstitut“ ein Darlehen bis zu 50 000 000,- DM (in Worten: fünfzig Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Bundesrepublik Nigeria stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonsti-

gen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Nigeria erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Bundesrepublik Nigeria überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszusprechen, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Bundesrepublik Nigeria innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Lagos am 5. Juni 1981 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Bernard Oldenkott

Für die Regierung der Bundesrepublik Nigeria
Victor Masi

Gebundene Ausgaben der Bundesgesetzblätter

– ohne Anlagenbände –

Teil I

| | | |
|-----------------------------|------|----------|
| 1949/50 . (vergriffen) | 1966 | 55,- DM |
| 1951 | 1967 | 75,- DM |
| 1952 (vergriffen) | 1968 | 76,- DM |
| 1953 | 1969 | 90,- DM |
| 1954 | 1970 | 90,- DM |
| 1955 (vergriffen) | 1971 | 90,- DM |
| 1956 | 1972 | 100,- DM |
| 1957 | 1973 | 100,- DM |
| 1958 | 1974 | 140,- DM |
| 1959 | 1975 | 150,- DM |
| 1960 | 1976 | 150,- DM |
| 1961 | 1977 | 150,- DM |
| 1962 | 1978 | 150,- DM |
| 1963 | 1979 | 150,- DM |
| 1964 | 1980 | 150,- DM |
| 1965 | | 85,- DM |

Teil II

| | | | |
|-----------------------------|---------|------|----------|
| 1951 | 25,- DM | 1966 | 76,- DM |
| 1952 (vergriffen) | | 1967 | 88,- DM |
| 1953 | 35,- DM | 1968 | 76,- DM |
| 1954 (vergriffen) | | 1969 | 90,- DM |
| 1955 | 45,- DM | 1970 | 90,- DM |
| 1956 | 65,- DM | 1971 | 90,- DM |
| 1957 | 65,- DM | 1972 | 100,- DM |
| 1958 | 45,- DM | 1973 | 100,- DM |
| 1959 | 65,- DM | 1974 | 120,- DM |
| 1960 | 78,- DM | 1975 | 120,- DM |
| 1961 | 78,- DM | 1976 | 150,- DM |
| 1962 | 82,- DM | 1977 | 150,- DM |
| 1963 | 72,- DM | 1978 | 150,- DM |
| 1964 | 85,- DM | 1979 | 150,- DM |
| 1965 | 85,- DM | 1980 | 150,- DM |

Sammlung des Bundesrechts Bundesgesetzblatt Teil III

Die Sammlung besteht aus 131 Folgen und ist auf den 31. 12. 1963 abgeschlossen. Der Preis dieser Sammlung mit 15 Ordnern beträgt **350,- DM** einschließlich Versandkosten und MwSt.

Mikrofiche-Edition Bundesgesetzblatt Teil I und III und Teil II 1949–1980

Welchen Umfang hat die Mikrofiche-Edition?

Das gesamte bisher im Bundesgesetzblatt Teil I, II und III veröffentlichte Bundesrecht umfaßt rund 140 000 Seiten gedruckten Text, der in ca. 125 Einzelbänden wiedergegeben ist. In der Mikrofiche-Edition kann dieses erhebliche Textvolumen auf etwa **385 Mikrofiches** bei einem Verkleinerungsfaktor von 1:42 untergebracht werden.

Welchen Zeitraum umfaßt die Mikrofiche-Edition?

Die Mikrofiche-Edition des Bundesgesetzblattes Teil I, II und III deckt den Zeitraum von 1949 bis zum 31. Dezember 1980 ab, insgesamt also eine Zeitspanne von mehr als 30 Jahren.

So wird der Inhalt der Mikrofiche-Edition des Bundesgesetzblattes erschlossen:

Für die gesamte Mikrofiche-Edition des Bundesgesetzblattes 1949 bis 1980 wird ein eigenes, integriertes Sachregister in gedruckter Form erstellt, das den Inhalt von Teil I, II und III gleichermaßen fachgerecht erschließt. Darüber hinaus sind die Jahresregister und sämtliche Anlagen zusätzlich als Mikrofiches in der Edition enthalten.

Was spricht für eine Mikrofiche-Edition?

Für eine Mikrofiche-Edition sprechen vor allem die Vorteile der praktischen Arbeit mit solch einer umfangreichen Materialsammlung:

- Vollständigkeit

- schneller Zugriff
- geringer Platzbedarf
- zunehmende Verbreitung des Mediums Mikrofiche
- geringe Kosten für Lesegeräte (diese gibt es bereits zu einem Preis von rund DM 600,-)
- einfache Bedienung der Lesegeräte.

Erscheinungsfolge der Mikrofiche-Edition:

Die Mikrofiche-Edition des Bundesgesetzblattes erscheint im Jahr 1981:

Teil I und III im Sommer 1981,

Teil II im Herbst 1981.

Bezugsbedingungen der Mikrofiche-Edition:

Teil I einschließlich Teil III und Teil II können jeweils einzeln bezogen werden.

Preise:

Bundesgesetzblatt Teil I und III:

Rund 80 000 Seiten auf rund 220 Fiches einschließlich Gesamtregister

Preis: DM 2 750,- einschl. Versandkosten und MwSt.

Bundesgesetzblatt Teil II:

Rund 60 000 Seiten auf rund 165 Fiches einschließlich Gesamtregister

Preis: DM 3 600,- einschl. Versandkosten und MwSt.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,- DM (2,40 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 365. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 30. Juni 1981, ist im Bundesanzeiger Nr. 127 vom 15. Juli 1981 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 127 vom 15. Juli 1981 kann zum Preis von 2,95 DM (2,35 DM + 0,60 DM Versandkosten einschl. 6,5 % Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 (BLZ 370 100 50) bezogen werden.